

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Erhält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Bichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Vorkdorf, Pötelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardsdorf, Schmitz, Schöna, Waltersdorf, Wendischschöne, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Joh. Walter Hiete Verantwortlich: R. Köpfler

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarische Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 33

Bad Schandau, Mittwoch, den 9. Februar 1927

71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Der Kaiser von Japan schenkte dem deutschen Botschafter Dr. Solz bei seinem Eintreffen am Tage vor dem Begräbnis des verstorbenen Kaisers zwei kostbare Vasen mit dem kaiserlichen Wappen.

* Die Grippe wütet in England nach wie vor mit großer Heftigkeit. In der vergangenen Woche sind ihr in Großbritannien 818 Menschen zum Opfer gefallen, davon in London 215.

* Nach tschechischen Blätterstimmen spricht man in politischen Kreisen Warschaws davon, daß Präsident Sosnicki Ende März oder Anfang April nach Prag kommen werde.

* Nach Meldungen aus Peking soll dort ein Komitee zur Besprechung von Mitteln und Wegen für den Abschluß eines Friedens mit der nationalistischen Regierung eingesetzt worden sein.

Das Mittelmeergebiet als Lebensraum und politisches Kräftefeld.

von A. KÖRNER, Hannover.

Die Geschichte der Menschheit ist ohne eine Betrachtung ihres Lebensraumes nicht hinreichend zu erklären. Wenn man die etwa gleich großen Gebiete Europas und der Vereinigten Staaten von Nordamerika miteinander vergleicht, so wird auf den ersten Kartenblick deutlich, daß Europas Gliederung in vertikaler wie horizontaler Hinsicht ihm das Schicksal einer staatlichen Vielgestaltigkeit besichert hat, der es reichsten Segen, unerhörte kulturelle Leistungen, aber auch schwere Zusammenbrüche und tiefes Volksleid verdankt, daß dagegen der blockartige Charakter des amerikanischen Festlandes, seine unendlichen Wälder und Einheitslichkeiten die Zusammenfügung einer aus allen europäischen Staaten gekommenen Einwandererbevölkerung zu einer Nation zur Folge haben, für die sich das Staats- und Wirtschaftsgebiet in einer heute nirgends auf der Welt zum zweiten Male vorkommenden Vollendung decken.

Die europäische Geschichte hat sich über zwei Jahrtausende um das Mittelmeer konzentriert. Dort sind Kulturen entstanden, deren Ausstrahlungen noch heute die stärksten Grundlagen unserer Bildung ergeben. Wie auf keinem anderen Lebensraum haben hier die Völker gewechselt, sind in blutigen Kämpfen emporgestiegen und in heroischen Abstritten verschwunden. Hier hat sich die Wirtschaftsgeschichte der abendländischen Menschheit entwickelt bis zu ihrem Übergang in das kapitalistische Zeitalter der Gegenwart. Hier wurde die umfassendste Religion der Welt geboren; hier hat eine ihrer markantesten konfessionellen Ausprägungen noch heute ihren Mittelpunkt.

Die antiken Staatsgebilde Ägyptens, Vorderasiens, Griechenlands und Roms waren mehr oder minder am Mittelmeer interessiert, dessen Küsten die ersten Seefahrer-Nationen erzeugten. Das römische Weltreich ist der einzige Staat geblieben, der alle Randgebiete des Mittelmeeres unter seiner Herrschaft zusammenzufassen vermochte. Dann stürzte dieses „Imperium“ unter germanischem Ansturm zusammen. Das frühe Mittelalter sah die Reiche der Sarazenen, der Normannen, die Machtkämpfe zwischen deutschem Kaisertum und päpstlichem Großmachtstreben, die phantastischen Unternehmungen der Kreuzzüge, den Siegeslauf, der den Islam bis an die Grenzen der Pyrenäen führte. Im späteren Mittelalter übernahmen die aus dem Inneren Afrikens herandrängenden Türken Kleinasien, den Balkan und beherrschten das östliche Mittelmeerbecken, während das westliche unter dem Einfluß der glänzenden norditalienischen Stadtrepubliken stand. Erst die ebenfalls in Italien geistig beheimatete Renaissance, das Zeitalter der Entdeckungen, der Aufwindung der Seewege nach Ostindien und zu den beiden amerikanischen Kontinenten verschiebt den Schwerpunkt der abendländischen Geschichte nach den westlichen Küstenstaaten Europas. Am Mittelmeer herrscht dann längere Zeit Ruhe. Erst um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert dringt mit den napoleonischen Feldzügen neues Kriegsgeschrei an seine Gestade; es entspinnt sich bei Bukur zwischen Nelson und Napoleon eine Seeschlacht mit welthistorischem Hintergrund.

Dieser Frieden ruht nicht mehr ab. Die mit den Bestimmungen des Wiener Kongresses im wesentlichen zunächst abgerundete staatliche Aufteilung Europas lenkt zuerst den Blick Frankreichs auf das Südufer des Mittelmeeres. Am 5. Juni 1830 gelangt ihm die Besetzung von Algier. Sie wird der Ausgangspunkt der Gründung des zweiten französischen Kolonialreiches mit dem Schwerpunkt in Afrika. Es umfaßt heute Tunis, Marokko, den größten Teil Nord- und Westafrikas und stößt bis ins Zentrum des schwarzen Erdteils vor. Die ehemaligen deutschen Kolonien Togo und Kamerun sind als Mandate des Völkerbundes seine letzten großen Ergänzungen geworden. Damit spannt sich die erste neuzeitliche politische Kraftlinie von Norden nach Süden durch das Mittelmeerbecken. Sie hat in ihrer Verstärkung für das heutige Frankreich Lebensbedeutung gewonnen. Sein militärischer Imperialismus gründet sich zu einem Viertel, bei der Infanterie zur Hälfte auf Kolonialtruppen! Die französische Kolonialpolitik hat, im stärksten Gegensatz zur englischen Methode der Verleibung der Dominien, das Hauptgewicht auf die Eingliederung der Kolonialgebiete nicht nur in den Wirtschaftsbezirk des Mutterlandes, sondern auch in seinen staatsbürgerlichen Geist, seine kulturellen Grundlagen, seine zentralisierte Verwaltung gelegt. Der Gegensatz zwischen der bevölkerungspolitischen Schwäche Frankreichs und der Weltmächtigkeit seiner Außengebiete sowie seine schwere wirtschaftliche und finanzielle Krise erklären es, daß die Kolonien heute das Sorgenkind der französischen Außenpolitik sind, deren Wertigkeit andererseits von der Aufrechterhaltung der Kolonialherr-

schaft unbedingt abhängig ist. Die Mißerfolge bei der Verwaltung des so gern übernommenen syrischen Mandates, das in Verbindung mit der politischen Protektion der neuen Türkei ein zweites Kraftzentrum am Mittelmeer werden sollte, sind nicht geeignet, diese schwere Situation zu erleichtern.

Die Brüdenkopfpolitik Spaniens, die nach Marokko, und diejenige Italiens, die bis nach Tripolis und in die Cyrenaika geführt hat, entspringt ähnlichen Motiven: Verbreiterung der materiellen Grundlagen, deren ein heutiger Großstaat bedarf, für Italien noch die Abstoßung der überschüssigen Bevölkerung. In Tunis schneiden sich die gleichartigen wirtschafts-imperialistischen Bestrebungen Frankreichs und Italiens in empfindlicher Weise. Die dortige Kolonie wird zum größten Teil von Italienern besetzt; aber betreffs der Größe seiner Besitzungen ist Frankreich 1882 dem eben geeinten und sich erst auf eine Weltrolle befindenden Italien zuvorgekommen. Es scheint nicht ganz ersichtlich, auf welche Realitäten oder Spekulationen sich der Traum Mussolinis vom „mare nostrum“ gründet. Der Südrand des Mittelmeeres ist vergeben, Italien hat als Zulehrgelommener weltweit am schlechtesten abgeschnitten. Ein Austausch der Besitzobjekte kommt nicht in Frage. Der Weg Italiens zu seinen ostafrikanischen Kolonien ist vom Entgegenkommen Englands abhängig. Deshalb hat Italien das politische Enterteil zur Balkanhalbinsel nach Albanien hinübergeworfen, auf dieser Südküste isoliert, um dann wirtschaftspolitische Fäden bis an das Schwarze Meer spannen und dort seiner Zusammenarbeit mit dem Sowjetstaate stärkere Grundlagen geben zu können. Die klug verschwiegenen Wünsche sowohl auf das syrische Mandat wie auf Einflüsse an der kleinasiatischen Küste würden dann die Türkei zungenartig umfassen, wenn nicht hier — auch

ein Diktator saße! Wenn nicht außerdem Griechenland seine Spinnennetze und Inselblöcke in den Weg zu diesen Fata Morgana-Gebieten italienischer Sehnsucht vorstöße!

Alle diese spanischen, französischen und italienischen Kraftlinien werden nun geschliffen oder tangiert von dem englischen Wege zu seiner indischen Weltbasis, der am Eingang durch die Gänge von Gibraltar, in der Mitte durch die Maltas und am Ausgange durch die von Alexandrien geschützt würde, wenn die heute nur mit politischer Phantasie sichtbare Notwendigkeit das erfordert sollte. Gewiß ist Gibraltar „ein Dorn im Fleische Spaniens“, ist Malta mit seiner italienischen Bevölkerung Fremden der nationalen Gefühle Italiens, ist Ägypten beherrscht von dem Selbständigkeitsdrang seines Volkes. In starken Zudrängen liegt davon nur das ägyptische Problem, doch hat England auch hier heimswegs geruht. Sehr bald wird der Suezkanal im Feuerbereich von Geschützen und Flottenstationen liegen, die östlich von ihm eingebaut werden. Dazu zeigt der Ausbau der Landbrücke durch Vorderasien an den Persischen Golf und ihre Sicherung durch die Lenkung der arabischen Staaten die stete Vereinfachung Englands.

Eine Zukunftsbedrohung von heute noch unschätzbarem Ausmaß, aber auch ebensowenig sichtbar verwirklichungsmöglichkeit ist allein die Frage der mohammedanischen Einheitsfront unter arabischer Führung gegen alle europäischen Herrscherstaaten am südlichen und östlichen Rande des Mitteländischen Meeres. Zunächst jedoch beherrscht England noch immer das eng gespannte Netz der politischen, wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Beziehungen, das sich zwischen seinen Lebensräumen ausspannt, und die Gefahrenwolken stehen erst am Horizont des heiterblauen südlichen Himmels.

Drohender Abbruch mit Polen.

Krise in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Deutsche offizielle Vorstellungen in Warschau.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die sich schon seit über zwei Jahren hinziehen, scheinen vor dem Abbruch zu stehen. Diese Verhandlungen werden in zwei Gruppen geführt, und zwar erstens über den Zolltarif und zweitens über das Niederlassungsrecht. Bei den Beratungen über den Zolltarif haben die polnischen Unterhändler zu erkennen gegeben, daß sie kein Interesse an der Einfuhr deutscher Waren haben und deshalb nicht bereit sind, zolltarifliche Zugeständnisse zu machen.

Weit schwerwiegender aber für den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen ist das Verhalten Polens in der Frage des Niederlassungsrechts. Die polnische Regierung hat in der letzten Zeit wiederholt Angelegentlichkeit der Nationalität in Polnisch-Oberschlesien a u s g e w i e s e n. Erst jetzt wird ein neuer Fall bekannt, daß das Vorstandsmittglied Eichholz der Lignose A.-G. in Kattowitz seines Postens enthoben worden ist und den Befehl erhalten hat, das polnische Staatsgebiet zu verlassen. Auch der Antrag der Aufenthaltserweiterung der vier deutschen Direktoren der Oberschlesischen Kleinbahngesellschaft, die vor einiger Zeit Ausweisungsbefehle erhalten hatten, ist von der polnischen Regierung abschlägig beschieden worden, so daß die Deutschen das polnische Staatsgebiet bereits verlassen haben. Es handelt sich bei diesen Ausweisungen um rein wirtschaftliche Maßnahmen, da diese Posten mit Polen besetzt werden sollen.

Der deutsche Gesandte in Warschau hat wegen dieser Vorgänge einen offiziellen Schritt bei der polnischen Regierung unternommen und darauf hingewiesen, daß unter solchen Umständen die ganzen Verhandlungen zwecklos scheinen. Man wird nunmehr auf die Antwort Polens gespannt sein dürfen.

Eine schwere polnische Brückierung.

Berlin, 8. Februar. Wie die ZU. erfährt, bestätigt sich, daß die polnische Regierung trotz der Vorstellungen des deutschen Gesandten in Warschau die Ausweisung der deutschen leitenden Beamten der ober-schlesischen Kleinbahn-A.-G. nicht zurückgenommen hat. Die Deutschen haben das polnische Staatsgebiet bereits verlassen müssen. Die Demarche des deutschen Gesandten erfolgte bei dem polnischen Ministerpräsidenten Bartels und die Entscheidung ist von der polnischen Regierung als Gesamtheit gefaßt worden. In diplomatischen Kreisen Berlins empfindet man diese Haltung der polnischen Regierung als eine scharfe Brückierung, so daß die in der deutschen Demarche angedeuteten Konsequenzen unvermeidlich sein dürften. Die polnische Regierung gibt damit zu, daß sie auf weitere Verhandlungen, soweit sie die Frage der Niederlassung von Deutschen in Polen zur Ausübung ihres Berufes betreffen, keinen Wert mehr legt.

Einer weiteren Meldung aus Kattowitz zufolge ist die deutsche Beschwerde von den Polen mit der Begründung abgelehnt wor-

den, die deutschen Beamten hätten seit zehn Monaten gewußt, daß ihre Aufenthaltserlaubnis nunmehr zu Ende sei. Es hat sich aber herausgestellt, daß ein polnischer Direktor der Kleinbahngesellschaft hinter dem Rücken der deutschen Direktoren eigenmächtig die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für die deutschen leitenden Beamten nur bis Ende 1926 nachgesucht hat. Die Ausweisung der deutschen Beamten offenbart sich also als ein schon im vergangenen Frühjahr zwischen dem polnischen Direktor der Gesellschaft und dem ober-schlesischen Wojewoden abgetarntes Intrigenspiel, das ganz im System der Entdeutschungspolitik in den ober-schlesischen Betrieben liegt.

Berlin, 8. Februar. Halbamtlich wird zu den Meldungen über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen u. a. mitgeteilt: Es trifft leider zu, daß in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen eine ernste Krise eingetreten ist. Schon seit mehreren Monaten drehen sich die Verhandlungen im wesentlichen um dieselben Punkte, ohne vom Fied zu kommen. Im November v. J. sah sich deshalb der deutsche Bevollmächtigte veranlaßt, der polnischen Delegation präzise Fragen über bestimmte Punkte der im Handelsvertrag zu regelnden Niederlassung der beiderseitigen Staatsangehörigen zu stellen. Die polnische Haltung in diesen Fragen hat sich jedoch seither nur unwesentlich geändert, so daß man trotz aller deutschen Bemühungen einer Verständigung über die vertragliche Regelung von Einreise, Aufenthalt und Niederlassung auch jetzt noch nicht näher gekommen ist. Auch bei den Verhandlungen über die Zolltarifbestimmungen hat eine Annäherung in den letzten Monaten nicht erzielt werden können. Diese Verhandlungslage ist nun in der letzten Zeit durch die Ausweisung einer Anzahl von Reichsdeutschen, insbesondere aus Polnisch-Oberschlesien noch weiter schwer belastet worden. Es handelt sich dabei u. a. um die leitenden deutschen Beamten der ober-schlesischen Kleinbahngesellschaft, deren Ausweisung der polnische Wojewode ausschließlich mit der Tatsache begründet hat, daß es sich hier um Reichsdeutsche handele, deren Stellen für polnische Staatsangehörige freigemacht werden müßten. Die deutsche Regierung hat aus diesem Falle, der nur ein Glied in der langen Kette anderer Fälle bildet, den Eindruck gewinnen müssen, daß die politische Tendenz der polnischen Verwaltungsstellen bewußt darauf ausgeht, deutsche Unternehmungen in Polen durch die Ausweisung von Reichsdeutschen zu schwächen oder zu vernichten.

Dieses Verhalten polnischer Amtsstellen nimmt jedenfalls den schwebenden deutsch-polnischen Verhandlungen in der Niederlassungsfrage jeden Zweck und Sinn. Man kann das Verhalten der polnischen Behörden überhaupt kaum anders deuten, als daß man polnischerseits die Niederlassungsverhandlungen nicht mehr ernst nimmt. Es widerspricht jedem Rechtsempfinden, wenn Ausweisungen, die die Betroffenen ihrer Existenz berauben, ohne legitimen Grund und leiblich aus nationalitätspolitischen Rücksichten erfolgen. Die polnische Regierung ist daher vor kurzem nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die polnische Regierung die volle Verantwortung dafür treffe, wenn durch diese Aus-